

Gleichbehandlung besser gestalten

DIE LINKE steht für eine Gesellschaft der gleichberechtigten kulturellen Vielfalt. Eine erfolgreiche Integrationspolitik erfordert einen ganzheitlichen Ansatz. Wer von Integration redet, darf über soziale Sicherheit, rechtliche Gleichstellung und wirksame Antidiskriminierungsgesetze nicht schweigen.

Über 10 Prozent der MigrantInnen in Schleswig-Holstein haben keinen Schulabschluss und die Arbeitslosenquote ist mit 13,2 Prozent doppelt so hoch wie bei Menschen ohne Migrationshintergrund.



Foto: Viktor Schwabenland_pixelio.de

Jeder Zehnte im Minijob-Sektor-Beschäftigte hat einen Migrationshintergrund. Mehr als ein Drittel der Beschäftigten im Niedriglohnbereich sind Migrantinnen und Migranten. Infolgedessen lebt ein überwiegender Anteil von ihnen in Armut. Dazu kommt, dass viele MigrantInnen alltäglich Erfahrungen mit struktureller und sozialer Diskriminierung machen.

Aus dem Grunde sieht sich DIE LINKE in der Pflicht, sich konsequent gegen die Benachteiligung von Migrantinnen und Migranten einzusetzen, um die Situation der Betroffenen zu verbessern. Zu einem gelingenden Integrationsprozess gehört ein solider Spracherwerb.



Regelungsbedarf zur Integration:

- Flächendeckende und gebührenfreie ganztägige Betreuung für alle Kinder.
- Chancengleichheit beim Zugang zu Bildungseinrichtungen.



- Eine Schule für Alle.
- Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen.
- Qualitative und quantitative Verbesserung der Integrationskurse. Ausweitung des Zugangs zu Sprachkursen, auch für Menschen mit noch ungesichertem Aufenthaltsstatus.
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste durch Erhöhung des Anteils von Migrantinnen und Migranten bei den Beschäftigten.
- Förderung einer Willkommenskultur, die Migrantinnen und Migranten als Bereicherung versteht und ihnen grundsätzlich mit Wertschätzung begegnet.

DIE LINKE.
Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag

DIE LINKE. Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
V.i.S.d.P.: Ramona Hall
Düsternbrooker Weg 70 | 24105 Kiel
Tel.: 0431-9881600 | info@linke.ltsh.de | www.linksfraktion-sh.de

Migrations- und Integrationspolitik in Schleswig-Holstein

DIE LINKE.
Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag

Foto: Bianca Hüfner/Christlich-Muslimische Friedensinitiative e.V.



Das Miteinander stärken

Liebe Leserinnen und Leser,

in Schleswig-Holstein leben 363.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Sie prägen dieses Land und seine Entwicklungschancen entscheidend mit. Für DIE LINKE hat die Reform der derzeit geltenden Bleiberechtsregelung oberste Priorität.

DIE LINKE setzt sich für eine offene Migrations- und Integrationspolitik ein, die Ausgrenzung bekämpft, sowie die Rechte und soziale Sicherheit von Migrantinnen und Migranten stärkt. Sie setzt auf Gleichberechtigung und Teilhabe. Zum komplexen Ansatz für die Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik gehört für DIE LINKE ein Katalog politischer Forderungen zur Eindämmung und Beseitigung von Fluchtursachen.

LINKE Positionen für ein menschliches Miteinander:

Humanitäre Flüchtlingspolitik

DIE LINKE steht für eine humanitäre Flüchtlingspolitik, die Menschen willkommen heißt, die vor Hunger, Krieg oder Vertreibung in ihren Herkunftsländern geflüchtet sind. Denn die Flüchtlinge müssen auch nach ihrer Ankunft in Deutschland meist isoliert und unter miserablen sozialen Bedingungen leben.



Verlässliche Aufenthaltsregelungen

DIE LINKE setzt sich für die Rechte von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus ein. Die Angst vor Abschiebung, Ausbeutung und Rechtlosigkeit ist für Menschen in der Illegalität und Duldung ein

ständiger Begleiter. Die Zahlen der Illegalisierten werden auf bundesweit mehr als eine Million geschätzt. In Schleswig-Holstein liegt die Zahl laut Schätzungen verschiedener Studien im vierstelligen Bereich.

Hürdenfreie Einbürgerung und Recht auf Mehrfachstaatsbürgerschaft



Foto: Hall@Linksfraktion SH

Bei der Einbürgerung von Menschen aus Drittstaaten hält DIE LINKE Hürden zur Abschreckung, wie zum Beispiel den Nachweis zum Lebensunterhalt, nicht für zielführend.

In Deutschland geborene Kinder und deren Eltern sollten nicht gezwungen

sein, zwischen Herkunftsland und Ankunftsland zu wählen. Voraussetzungen für die Einbürgerung müssen erleichtert und die Optionspflicht – die Pflicht, sich zwischen Ursprungs- und deutscher Staatsangehörigkeit entscheiden zu müssen – abgeschafft werden.

Gleichberechtigung durch Mitbestimmung

Für DIE LINKE steht die volle juristische, politische und soziale Gleichberechtigung aller hier lebenden Migrantinnen und Migranten im Mittelpunkt. Sie fordert das kommunale Wahlrecht und das Recht für alle, an Bürger- und Volksentscheiden teilzunehmen, – unabhängig von ihrem Staatsangehörigkeitsstatus. DIE LINKE lehnt es entschieden ab, das Thema Migration ausschließlich unter dem Aspekt der Verwertbarkeit für den Arbeitsmarkt, beziehungsweise unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit zu diskutieren.



Foto: Elise Balmgartner@flickr

Darüber hinaus fordern wir:

- **Die Erleichterung der Einbürgerung und die Gewährung der mehrfachen Staatsbürgerschaft**
- **Ein gesichertes Bleiberecht, unter anderem die dauerhafte Aufenthaltsperspektive für Menschen mit Duldung.**
- **Ein Ende der Abschiebungen, die Schließung der Abschiebegefängnisse und die Abschaffung der Residenzpflicht.**

- **Die Beachtung der Rechte unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge.**
- **Die Anerkennung der geschlechtsspezifischen Fluchtursachen als Asylgrund.**
- **Die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes.**
- **Den kostenfreien Rechtsbeistand und die freie medizinische Versorgung für Flüchtlinge und Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus.**
- **Den uneingeschränkten Zugang zu Integrationsmaßnahmen und den Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge und Menschen ohne Aufenthaltstitel.**



aboutpixel.de / Die Geisterfrau © Tobias Wölk

Obwohl viele Regelungen auf Bundesebene angesiedelt sind, hat das Land Schleswig-Holstein Handlungsmöglichkeiten bei der Gestaltung und Mitwirkung einiger der oben genannten Forderungen. Dazu gehören:

Die Abschaffung der Residenzpflicht, einer europaweit einmaligen Beschränkung der Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge und Geduldete auf den Kreis, in dem sie gemeldet sind.

Die altersgerechte Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, was zum Beispiel die Unterbringung in Haftanstalten generell ausschließt.

Die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen unter Verzicht auf Sammelunterkünfte.

Auf Initiative der LINKEN im Landtag hat sich die Situation der Flüchtlinge bereits verbessert. So mussten bisher Flüchtlinge in Flensburg zehn Euro zahlen, wenn sie die Stadt verlassen wollten. DIE LINKE hat diese Praxis thematisiert, die für viele Flüchtlinge eine unüberwindbare Hürde zum Beispiel für Besuche bei Bekannten und Verwandten ist. Die Gebühr wurde mittlerweile abgeschafft.

Auf Initiative der LINKEN im Landtag soll die Residenzpflicht aufgehoben werden. Das heißt, dass Flüchtlinge sich zukünftig freier im Land bewegen können.